

bürgerlichen Demokratie politisch zu manövrieren. Auch unter diesem Aspekt ist die bürgerliche Demokratie „die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus“.⁵ Die Geschichte gerade der letzten Jahrzehnte macht deutlich, daß das dem Monopolkapital innewohnende Streben nach möglichst unbeschränkter Herrschaft und damit nach „Negation“ der Demokratie⁶ sich sowohl über den Abbau demokratischer Rechte (Kriminalisierung demokratischer Aktivitäten, Berufsverbote, Beschränkung des Streikrechts usw.) als auch — zu einem nicht unbeträchtlichen Teil — mittels der Institutionen bürgerlicher Demokratie durchsetzt. „Immer wenn die demokratischen Institutionen in der Lage schienen, die kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten“, schreibt M. Duverger in seinem neben Fehleinschätzungen doch auch manche scharfsinnige Beobachtung enthaltendem Demokratie-Buch, „hat man sie auch beibehalten.“⁷

Einige Mechanismen der dem Staatsmonopolismus angepaßten bürgerlichen Demokratie verschaffen dem krisenbedrängten Kapitalismus nicht unbeträchtliche Potentiale in seinem Bemühen um die Milderung sozialer Konflikte und die Regulierung der Klassenbeziehungen. Dazu gehört das Pendelsystem systemtragender Regierungs- und Oppositionsparteien, das in zahlreichen kapitalistischen Industrieländern die Mehrzahl der Bürger bisher sehr wirksam an das politische System des Imperialismus zu binden vermochte. Dazu gehören ferner die teilweise Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung mittels eines Systems „sozialpartnerschaftlicher“ Institutionen und die Disziplinierung klassenbewußter Arbeiter durch sozialdemokratische Parteien. Hierzu muß auch das Wirken der bürgerlichen Massenmedien mit ihrer bunten und scheinbar kontroversen Meinungsvielfalt gerechnet werden.

Da die wirtschaftlichen Entwicklungen sich immer weniger als beherrschbar erweisen, richten die politisch-ideologischen Leitzentren des Imperialismus ihre Aufmerksamkeit sogar in zunehmendem Maße auf diese Mechanismen, um mit ihrer Hilfe (kombiniert mit dem gezielten Einsatz ihres Repressivinstrumentariums) eine Ausweitung der sozialen und politischen Konflikte zu antimonopolistischen Massenaktionen möglichst zu verhindern. Vor allem die bürgerlichen Massenmedien suchen mit nicht geringem Erfolg, die Mißstimmung über soziale Unsicherheit, Inflation und Arbeitslosigkeit gegen die Gewerkschaften zu kehren. Sie helfen den aggressiven Kreisen des Monopolkapitals, die konservativen Parteien zu stärken, und fördern zum Teil die Bestrebungen, dem Neofaschismus einen Massenanhang zu verschaffen. Die Monopolbourgeoisie stützt sich aber auch nach wie vor auf jene Mechanismen (auf „sozialpartnerschaftliche“ Institutionen, auf die reformistische Politik von „Arbeitervertretern“ in den Parlamenten, auf die Ehrfurcht auch progressiver Kräfte vor den „demokratischen Spielregeln“), die die bürgerliche Demokratie zu einer Art Konvention der Klassenkollaboration haben werden lassen.

Demokratiethorien als „Anleitung der politischen Praxis“

Bürgerliche Demokratiethorien nahmen bereits im Stadium der Herausbildung des bürgerlichen Staates aktiven Einfluß auf die verfassungsrechtliche Gestaltung der politischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, auch im Sinne ihrer Abschottung gegen die Volksmassen. Mit der Entstehung und Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus rückte ganz eindeutig die Aufgabe in den Vordergrund, die praktischen Erfahrungen der herrschenden Klasse bei der Nutzung der bürgerlichen Demokratie als Herrschaftsinstrument zu verallgemeinern. Demokratiethorie wird heute überwiegend interpretiert als „Anleitung der politischen Praxis“⁸, nicht etwa im Sinne einer Beratung, wie demokratische Rechte und Prinzipien verwirklicht werden können, sondern im Sinne der Herstellung von Regierungs- und Systemstabilität.

Es kam zu einer Kombination sehr vielfältiger Theorieansätze, als deren gemeinsamer Nenner sich das Bestreben offenbart, den Begriff der bürgerlichen Demokratie von den Prinzipien der Volkssouveränität und der Gleichheit abzukoppeln und als Lehre über die strukturellen und funktionalen Voraussetzungen bürgerlicher Herrschaftsstabilität auszugestalten. Gerade mittels der bürgerlichen Demokratie, wenn sie nur richtig strukturiert sei, könne — darauf läuft diese Strategie hinaus — wirksam verhindert werden, daß soziale und politische Konflikte ernsthaft den Bestand und die Funktionsweise der politischen Macht des Kapitals erschüttern.

Welche Konstruktionen bürgerlicher Demokratiethorien sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung?

Erstens verfälschen bürgerliche Demokratiethorien in der Gegenwart die einst gegen die feudale Reaktion gerichtete Losung „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ zu einem Konzept, das den Einsatz des kapitalistischen Repressivapparates gegen die Volksmassen rechtfertigt.⁹ Staatslehre, Rechtsprechung und bürgerliche Massenmedien suchen in konzertierter Aktion die politischen Aktivitäten der antimonopolistischen Kräfte, aber auch die Bewegungen für demokratische Mitbestimmung, für das Recht auf Arbeit und Wohnung, für Abrüstung usw. in die Grauzone der Illegitimität zu rücken. Unter Berufung auf solche irreführenden Begriffe wie „abwehrbereite Demokratie“ oder „Sozialadäquanz“ von Grundrechten werden Gerichte, Polizei und andere Institutionen des Staatsapparates ermächtigt, derartige Aktivitäten zu überwachen, Meinungen zu unterdrücken, Streikverbote auszusprechen und Berufsverbote zu verhängen.

Zugleich bemühen sich kapitalistische Presse, Hörfunk und Fernsehen, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Verunglimpfung von Gewerkschaftern, Kommunisten, linken Sozialisten, progressiven Demokraten und Gegnern der NATO-Hochrüstung sowie ein Vorgehen gegen sie geradezu als „demokratische Tugend“ erscheint. Das den bürgerlichen Demokratiethorien immanente Feindbild erfaßt in besonderem Maße Anhänger des Marxismus-Leninismus. Ihnen wird unterstellt, die „verfassungsmäßige Ordnung“ beseitigen zu wollen, um ihnen so das Recht abzuspochen, sich auf die demokratischen Verfassungsprinzipien und die ansonsten so sehr beschworene „Pluralität von Meinungen und Organisationen“ zu berufen.

Zweitens vollzog sich in den bürgerlichen Demokratiethorien eine Entstellung der im 19. Jahrhundert gegen die Macht des Königs und der Feudalaristokratie gerichteten Gewaltenteilungs-, Balance- und Repräsentationslehren zu Theorien über die Voraussetzungen von Regierungsstabilität. Schon die Väter der USA-Verfassung rechtfertigten das dort vorgesehene System der Hemmungen und Gegengewichte als Mittel, um Barrieren gegen den Einfluß des Volkes zu errichten. Sie begrenzten die Kompetenzen des Repräsentantenhauses durch den Senat, bekundeten unverhüllt ihr Mißtrauen gegenüber den „Rechten des Volkes“ und plädierten für die „Macht und Stärke der Regierung“.¹⁰ Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde die Frage nach den institutionellen Voraussetzungen von Regierungsstabilität komplexer gestellt. Sie bezog sich auch weiterhin auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Staatsgewalten, die Reduzierung plebiszitärer Formen der Demokratie und die Aufnahme eines Ausnahmerechts in die Verfassungen, konzentriert sich aber zunehmend auch auf die Suche nach einem „systemgerechten“ Wahlsystem, auf die Schaffung eines den Interessen des Monopolkapitals adäquaten Parteienmechanismus, auf die Disziplinierung der parlamentarischen Institutionen und die Erweiterung der Machtbefugnisse des Regierungschefs bzw. des Präsidenten.

Drittens reduzierten bürgerliche Theoretiker den Demokratiebegriff auf ein Strukturprinzip der Herrschafts-